



Apartheid in Myanmar?

Die antimuslimische Bewegung bedroht Menschenrechte und Demokratisierung

Dominik Müller



Stiftung
Asienhaus

Burma-Initiative

Nach Jahren der Militärdiktatur ist Myanmar zum weltweiten Vorzeigeprojekt geworden: Wahlen und Marktöffnung sorgen, so heißt es, für Demokratie und Menschenrechte. Doch die Nachrichten aus dem ehemaligen Burma passen nicht zu diesem Bild: Muslimische Minderheiten, insbesondere die 1,3 Millionen Angehörigen der Rohingya, fühlen sich massiv bedroht. Radikale buddhistische Mönche, die sich in der Mabatha, der »Organisation zum Schutz der Nation und der Religion«, zusammengeschlossen haben, warnen vor einer »schleichenden Islamisierung« ihres Landes und fordern dazu auf, Muslime gesellschaftlich zu isolieren. Der vordergründig ethnische und religiöse Konflikt spielt auch für die Parlamentswahlen am 8. November 2015 eine zentrale Rolle.

Flüchtlingscamp
in Sittwe,
Rakhine-Staat
© The Irrawaddy

Islamophobe Buddhistenmönche _____

»Die Gesetze zum Schutz unserer Rasse liegen bereits auf dem Tisch. Aber diese Hure beschwert sich fortwährend darüber und nennt sie einen Verstoß gegen die Menschenrechte«. Ashin Wirathu, ein buddhistischer Mönch und Hardliner aus Myanmar, beschwert sich mit unflätigen und frauenverachtenden Worten über die UN-Berichterstatterin für Menschenrechte in Myanmar, die Südkoreanerin Yanghee Lee, die Anfang Januar das Land zwischen China und Indien besucht hatte. Ashin Wirathu ist führendes Mitglied der Mabatha, der »Organisation zum Schutz der Nation und Religion«. Mehrere hundert AnhängerInnen, darunter viele Mönche, die wie der Redner einen kahlen Schädel haben und eine dunkelrote Robe tragen, stehen zusammen auf einem zentralen Platz der Wirtschaftsmetropole Yangon. Sie halten Plakate in die Luft: Die muslimische Minderheit der Rohingya, die Yanghee Lee besucht habe, sei eine bloße Erfindung. Die Bezeichnung »Rohingya« sei dazu geschaffen, sich die Staatsbürgerschaft zu erschleichen. Ashin Wirathu bezeichnet diese Minderheit, die im Norden Myanmars lebt, als »Kalar«, ein Schimpfwort, das man mit »Abschaum« übersetzen kann. »Du magst Deinen Hintern für die Kalar hinhalten«, setzt er seine Hasspredigt an die Adresse der UN-Berichterstatterin fort, »aber es wird Dir niemals gelingen, unser Arakan zu verschachern!« Aus dem Publikum ertönt tosender Beifall.

Die Bilder von Tausenden von Rohingya, die in ihren Booten auf dem indischen Ozean umhertrieben, gingen im Mai 2015 um die Welt. Kein Staat wollte die Flüchtlinge aus Myanmar aufnehmen. Von den 1,1 Millionen Rohingya in Myanmars nördlichem Rakhine-Staat (früher: Arakan) sind seit 2012 mehr als 100.000 in Flüchtlingslagern eingesperrt, die meisten anderen fristen ihr Leben in Ghettos und Dörfern, die sie nur mit Sondergenehmigungen verlassen dürfen.

Im Frühsommer und Herbst 2012 kam es zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen den buddhistischen Rakhine und den muslimischen Rohingya. Offiziell gab es 167 Tote, die meisten davon Rohingya. Seit 2012 sind sie völlig aus dem öffentlichen Leben verbannt: In Sittwe, der Hauptstadt des Rakhine-Staates, und anderen Städten sind keine Rohingya mehr zu sehen. Ihre einst prachtvolle Moschee steht stark beschädigt an

der Hauptstraße. Nach mehr als 150 Jahren ist der Ruf des Muezzins verstummt. Tag und Nacht wird die Moschee von Polizisten bewacht. Niemand darf das Gelände betreten. Am Straßenrand stehen einige ausgebrannte Häuser und zahlreiche leerstehende Geschäfte.

Gewalt im Rakhine-Staat _____

»Viele Muslime waren Ladenbesitzer und Händler«, erzählt Amy Martin, die für die Vereinten Nationen von ihrem Büro in Sittwe aus die humanitären Angelegenheiten im Rakhine-Staat koordiniert. Diese Koordinierung ist keine leichte Aufgabe, denn die Regierung des Bundesstaates – in der die Regierungspartei USDP (Union Solidarity and Development Party) und die nationalistische Rakhine-Partei (Rakine/Arakan National Party) die Mehrheit stellen, ist sehr restriktiv, wenn Hilfeleistungen für die Rohingya genehmigt werden sollen. Im März 2014 hatten radikale Buddhisten und Rakhine sogar die Büros und Einrichtungen der internationalen Hilfsorganisationen in Sittwe gestürmt und verwüstet. Sie unterstellten ihnen, zum Vorteil der Rohingya zu arbeiten. Daraufhin wurden alle ausländischen MitarbeiterInnen evakuiert. Erst nach Wochen zäher Verhandlungen konnten sie zurückkehren und ihre Arbeit wieder aufnehmen.

Einige der ehemaligen muslimischen Händler aus der Innenstadt von Sittwe leben bis heute in Aung Mingalar. Aber der Stadtteil ist zum Ghetto geworden und die nur wenige hundert Meter entfernte Moschee für die Rohingya unerreichbar: An allen Zugangsstraßen sitzt mindestens ein Polizist in einem hölzernen Wachhäuschen, der genau darauf achtet, wer den Stadtteil verlässt oder betritt. Spanische Reiter mit Stacheldraht versperrten die Straßen nur teilweise. In kleineren Gruppen stehen Muslime herum und blicken sehnsüchtig Richtung Innenstadt. Sie könnten leicht zwischen den Spanischen Reitern hindurch schreiten. Dennoch wagt sich keiner, die Demarkationslinie zu übertreten. Zu groß ist die Angst vor erneuter Gewalt und Inhaftierung. Amy Martin, die schon viele Krisenregionen der Welt kennengelernt hat, kann diese Angst gut nachvollziehen. »Die Intoleranz und der gefühlte Hass gegenüber den Muslimen, die ich hier mitbekomme, entsprechen dem, was ich in der Zentralafrikanischen Republik erlebt habe, einem ebenfalls tief gespaltenen Land«, vergleicht die UN-Mitarbeiterin.



Die Rohingya werden schon seit vielen Jahren diskriminiert. Auch die alte Militärregierung unterstellte ihnen, unrechtmäßig aus Bangladesch eingewandert zu sein. In den Jahren nach der Unabhängigkeit war das noch anders: Die Rohingya, die schon seit mehreren Generationen im damaligen Burma lebten, waren eine ethnische Minderheit unter vielen.

Das änderte sich 1982. Damals verabschiedete die Militärregierung in Myanmar ein Gesetz, das die Rechte der BewohnerInnen entlang ethnischer Zugehörigkeit definierte: Insgesamt 135 Ethnien sind seitdem als StaatsbürgerInnen anerkannt. Die größte Gruppe, mehr als 60 Prozent der Bevölkerung, stellen die buddhistischen Bamar. Im Rakhine-Staat gehören die buddhistischen Rakhine dazu, nicht jedoch die muslimischen Rohingya.

Als Auslöser für die jüngste Gewalt und Vertreibung verweisen viele Angehörige der buddhistischen Bevölkerungsmehrheit auf eine Vergewaltigung: Drei männliche Rohingya haben im Frühsommer 2012 eine junge Buddhistin vergewaltigt, die anschließend ihren Verletzungen erlag. Es folgten Racheaktionen, bei denen unschuldige Koranschüler getötet wurden. Die Gewalt nahm ihren Lauf. Nur Jahan, eine Bewohnerin des Flüchtlingslagers Dar Paing bei Sittwe, kennt diese Rechtfertigungen. »Natürlich müssen die

Vergewaltiger zur Rechenschaft gezogen werden, aber deshalb kann man doch nicht alle Rohingya bestrafen«, empört sich die 55-Jährige. Quer über ihren Rücken zieht sich die Narbe einer Brandwunde. Sie hat nur knapp überlebt, als buddhistische Fanatiker das Haus ihrer Familie in Sittwe angezündet hatten. Die Atmosphäre in Myanmar ist derart vergiftet, dass Nur Jahans Argumente keine Chance haben, gehört zu werden.

Sittwe mit seinen 160.000 EinwohnerInnen ist eine belagerte Stadt und die Hälfte der BewohnerInnen – die muslimischen Rohingya – leben heute im Ghetto oder in den Flüchtlingslagern rund um Sittwe. JournalistInnen aus dem Westen haben keinen Zutritt und kommen nur über Schleichwege hinein. Eine aufwändige Reise, bei der man mehrmals den Wagen wechseln muss und über staubige Pisten an einem halben Dutzend Polizei- und Militärposten vorbeigelotst wird.

Überleben in IDP-Camps

Die verschiedenen Lager rund um Sittwe sind durch eine Asphaltstraße miteinander verbunden. Seit 2012 hat sich hier eine eigene Infrastruktur herausgebildet: Minitaxis, Märkte, Grundschulen und Gebetshäuser: Arbeit für wenige. Die Lebensbedingungen und Perspektiven der CampbewohnerInnen sind schlecht: Weil die Bundesstaats-

Buddhistische Mönche vor einem Schrein in der Shwedagon Pagode, Yangon
©Dominik Müller



regierung es so will, erhalten einige BewohnerInnen der Camps nicht einmal die Lebensmittelrationen des Welternährungsprogramms. Im ganzen Camp gibt es nur eine einzige weiterführende Schule, keine Universität; nur ambulante Gesundheitszentren, kein Krankenhaus.

»Wenn man krank ist, geht man in ein Gesundheitszentrum«, erklärt Aung Win, der schon viele JournalistInnen und WissenschaftlerInnen in die Camps geführt hat. Die Erstversorgung sei dort sichergestellt. Für eine aufwändigere Behandlung müsse man jedoch mit Polizeibegleitung ins Allgemeinkrankenhaus in Sittwe – allerdings nur »nachdem man Geld auf den Tisch gelegt hat«, erläutert der 60-Jährige. »Aber alle haben Angst, in das Krankenhaus nach Sittwe zu gehen – dort arbeiten Rakhine, unsere Leute bekommen keine gute Behandlung und werden schikaniert.« Wenn man jedoch ernsthaft krank sei, gebe es keine andere Möglichkeit.

Viele Rohingya-Familien haben Opfer zu beklagen. Auch die von Aung Win. Zwei Brüder seiner Frau sind bei den Angriffen im Juni 2012 ums Leben gekommen. »Sie hatten sich in ihrem Haus versteckt«, so Aung Win, »es wurde schließlich von mehreren Angreifern gestürmt, die meine Schwäger auf die Straße hinauszerren.« Dort mussten sie niederknien und wurden mitten auf der Straße zu Tode geprügelt. »Einige Nachbarn hatten die Polizei angerufen – aber die ist nicht gekommen, um ihnen zu helfen.«

Staatliche Stellen waren Komplizen bei den Pogromen gegen die Rohingya. ZeugInnen und verschiedene Menschenrechtsorganisationen berichten, dass Polizisten auf flüchtende Rohingya geschossen und die Angriffe der nationalistischen Rakhine gedeckt haben.

Investorenparadies Myanmar

Auch von der Zentralregierung können die Rohingya keinen Schutz erwarten. Thein Sein, der amtierende Präsident, verweigert den Rohingya die Anerkennung als ethnische Minderheit und das Recht, am 8. November an die Wahlurne zu gehen. Sie sollten, so der Vorschlag des Ex-Generals, »ins Ausland umgesiedelt werden«.¹

Eine Vorzugsbehandlung genießen hingegen Investoren aus China, Indien, Japan, Südostasien, den USA und Europa, die in Myanmar Geschäfte machen wollen. Und das sind nicht wenige. Myanmar verfügt über zahlreiche Ressourcen: fruchtbares Ackerland, Erdöl, Erdgas, Kupfer, Bauxit und billige Arbeitskräfte. Zusammen mit Investoren will die Regierung mehrere Dutzend Megastaudämme errichten, drei Tiefseehäfen sind geplant bzw. schon errichtet, einschließlich angrenzender Sonderwirtschaftszonen. Sozial-ökologische Wirkungsstudien, geschweige denn entsprechende Schutzrechte, gibt es nicht. Ein Investorenparadies. Die UN-Mitarbeiterin Amy Martin weiß, wer den Preis dafür zu bezahlen hat: »Die großen Unter-



nehmen kommen, die lokale Bevölkerung wird vertrieben und hat überhaupt nichts von diesen Projekten.«

Eines dieser Investorengroßprojekte ist in Kyauk Phyu, einer Kleinstadt im Rakhine-Staat: Es umfasst einen Tiefseehafen einschließlich einer 800 Kilometer-Pipeline, mit der die China National Petroleum Corporation, ein chinesisches Staatsunternehmen, Gas und Erdöl in die unterentwickelte chinesische Provinz Yunnan transportiert. In Planung ist seit 2009 außerdem eine Sonderwirtschaftszone. Sie soll 120 Quadratkilometer groß werden, Teile von Kyauk Phyu und insgesamt 40 angrenzende Dörfer sollen dafür weichen.

In einer Siedlung des Flüchtlingscamps in Sittwe leben mehrere hundert der ehemaligen BewohnerInnen von Kyauk Phyu auf engem Raum in Langhäusern aus Bambus zusammen. In ihrer Heimat, eine halbe Tagesreise von Sittwe entfernt, waren fast alle FischerInnen. »Schon als sie vor einigen Jahren die Probebohrungen für die Gasförderung gemacht haben, durften wir dort nicht mehr fischen«, so die 23-jährige Tin Tin Nyu, die als eine der wenigen hier lesen und schreiben kann. »Und als sie dann auf Gas gestoßen sind, haben sie die Verbotzone nochmal ausgeweitet.« Auch die geplante Sonderwirtschaftszone hat gravierende Auswirkungen auf die BewohnerInnen von Kyauk Phyu: »Die Investoren brauchen viel Fläche«, erläutert U Khin Maung Hlaing, der 64-jährige Sprecher der Siedlung, »und unser Land ist jetzt viel mehr

wert als früher – das wissen auch die Rakhine in unserer Stadtverwaltung.«

»Aber sie wollten uns keine Entschädigung zahlen«, ergänzt Tin Tin Nyu, »die Gewalt kam ihnen gerade Recht und sie konnten uns vertreiben, ohne irgendetwas bezahlen zu müssen.« Insgesamt seien 5.000 Rohingya aus Kyauk Phyu vertrieben worden.

Muslimen als Zielscheibe

Nicht nur Rohingya sind Opfer der Gewalt. Mittlerweile richtet sie sich allgemein gegen Muslime in Myanmar. Auch in anderen Landesteilen kam es zu blutigen Übergriffen und es gab zahlreiche Tote. In vielen Fällen hatten buddhistische Hassprediger zuvor die Orte besucht und in ihren Reden davor gewarnt, dass der Islam die buddhistische Religion und die Nation Myanmars unterwandern würde – mit dem Ziel, das Gesetz der Scharia zu verankern.

Während der sogenannten Happy Season, von Oktober bis Februar, werden in Stadtteilen und Dörfern Myanmars ganze Straßen für buddhistische Predigten abgesperrt. Vor tausenden von AnhängerInnen reden Mönche Abend für Abend über Meditation, Selbstgenügsamkeit und die Tugenden des Buddhismus, aber auch über seine Verteidigung gegen vermeintliche Bedrohungen wie den Islam. Dass nach offiziellen Angaben nur vier Prozent der Bevölkerung Myanmars Muslime sind, ist dabei nicht von Belang. Viele der

500.000 Mönche im Land argumentieren mit der Geschichte und behaupten, dass Länder wie Afghanistan oder Indonesien früher buddhistisch gewesen seien und Myanmar das gleiche Schicksal der Islamisierung drohe, wenn man nichts dagegen unternehme.

Es gab eine Zeit, da wurde auch der Buddhismus durch das Militärregime unterdrückt. Mönche und Gläubige konnten ihre religiösen Zeremonien nicht frei und in aller Öffentlichkeit begehen. »Heute ist das anders«, begrüßt Dr. Saw Hlaing Bwa die Entwicklung, »die Mönche werden eingeladen, um auf offener Straße zu predigen und die Gläubigen in Moral zu unterrichten.« Er ist Professor für Theologie am Myanmar Institute of Theology in Yangon. Seinen Doktor hat der Baptist an der theologischen Fakultät in Regensburg gemacht. Saw Hlaing Bwa hat sich 1988 als Student in Yangon an den Protesten der frühen Demokratiebewegung beteiligt. »Andererseits«, so warnt er, »machen sich Organisationen wie Mabatha diese Entwicklung zu Nutze und sie predigen ihren Hass auf der Straße – das

ist ein Grund, warum sie bei den einfachen Leuten so viel Einfluss haben.«

An seiner Fakultät trifft man Studierende vieler Glaubensrichtungen: Buddhisten, Christen, Muslime, Juden, Hindus, Atheisten. Einige seiner StudentInnen tragen T-Shirts mit progressiven Motti: »Unterstützt die Binnenflüchtlinge« steht auf der Vorderseite. Auf die Frage, ob sie mit diesem T-Shirt auch in Sittwe herumlaufen würde, winkt eine Studentin ab: »zu gefährlich«.

Saw Hlaing Bwa hat schon zahlreiche interreligiöse Begegnungen und Dialoge angestoßen. Dabei betont er auch immer wieder die Auswirkungen der Marktöffnung für die einfache Bevölkerung.

70 Prozent der Bevölkerung Myanmars leben noch von der Landwirtschaft – oft als Kleinbauern und -bäuerinnen. Doch sie fallen zunehmend der Landspekulation zum Opfer, die durch internationale Investoren angeheizt wird. Die Folge: Der Preis für Land und Grundnahrungsmittel ist in den vergangenen Jahren enorm hochgeschwollen: Der Preis für Land ist in einigen Regionen auf das Siebenfache gestiegen, bei vielen Grundnahrungsmitteln gibt es eine zweistellige Teuerungsrate.

Das von der Europäischen Union vorangetriebene Investitionsschutzabkommen mit Myanmar wird diese Entwicklung weiter beschleunigen. Die Regierung in Myanmar kann dann von Konzernen auf Schadenersatz (im Sinne entgangener Gewinne) verklagt werden, wenn sie zum Beispiel Gesetze verabschiedet, die den Schutz der Umwelt oder Arbeitsrechte auf ein höheres Niveau heben. Anfang 2016 soll das Abkommen unterzeichnet werden. Soziale Spannungen, das ist absehbar, werden dadurch zunehmen.

Für Saw Hlaing Bwa steht fest: Die vordergründig religiösen und ethnischen Konflikte sind von wirtschaftlichen und politischen Interessen geprägt. Die Religion wird nur instrumentalisiert. »1988 und 2007, als die Leute gegen die Militärregierung aufgestanden sind, haben die Mönche die Bewegung zusammen mit den Studierenden angeführt«, erklärt er, »also müssen sie heute die Mönche auseinander dividieren und so die Möglichkeit ihres politischen Engagements auf der Seite der Armen schwächen.«

Wahlen, Muslime & NLD

Am 8. November finden die ersten landesweiten, vollumfänglichen Parlamentswahlen seit der Freilassung von Aung San Suu Kyi 2011 statt. Obwohl sie als aussichtsreiche Kandidatin gilt, kann sie nicht Präsidentin werden. Das verhindert die Verfassung, denn ihre Söhne sind ausländische Staatsbürger. Anträge, diesen Teil der Verfassung zu ändern, sind vom amtierenden Parlament abgelehnt worden. Es wird von den alten Militärs und ihrer Partei, der USDP, kontrolliert. Zur Wahl stehen im November nur 75 Prozent der insgesamt 664 Sitze im Ober- und Unterhaus. Die restlichen 25 Prozent sind einer direkten Ernennung durch die Militärs vorbehalten. Die Partei von Aung San Suu Kyi, die NLD, stellt mit insgesamt 1.151 die meisten KandidatInnen der über 90 Parteien, die zur Wahl antreten. Obwohl die Muslime als religiöse Minderheit Myanmars die NLD immer unterstützt hatten, findet sich unter den NLD-KandidatInnen kein einziger Muslim. 15 muslimische Parteimitglieder – darunter mehrere Prominente, die als Aktivisten der Demokratiebewegung Jahre im Gefängnis verbrachten – hatten sich um eine Kandidatur beworben. »Als Muslime fühlen wir uns von der NLD diskriminiert«, so einer der abgelehnten Kandidaten.¹

Aus taktischen Gründen hatte es Aung San Suu Kyi in den vergangenen zweieinhalb Jahren auch vermieden, sich für die verfolgte muslimische Minderheit auszusprechen. Im Gegenteil plädierte sie in einem BBC-Interview am 24. Oktober 2013 sogar für Verständnis gegenüber den Tätern, die »von Angst getrieben« seien. »Ich denke«, appellierte sie an die ZuschauerInnen der BBC, »wir teilen doch alle die Auffassung, dass der Einfluss des Islam weltweit sehr stark ist. Sie ist in vielen Teilen der Welt verbreitet – auch in unserem Land.«

Die Ethnisierung des Sozialen

Die Saat scheint aufzugehen. Kaum ein buddhistischer Mönch in Myanmar wagt sich, Mabatha,



die »Organisation zum Schutz der Nation und Religion«, zu kritisieren. Schon auf der Gründungskonferenz legte Mabatha ein Paket mit Gesetzesvorschlägen »zum Schutz der Rasse und Religion« vor: Die Mönche forderten, dass ein Religionswechsel von lokalen Behörden genehmigt werden muss; dass in Regionen mit hoher Geburtenrate Frauen per Gesetz verpflichtet werden sollen, weniger Kinder zu bekommen; dass buddhistische Frauen, die Männer mit anderer Religionszugehörigkeit heiraten, nicht konvertieren dürfen. Als sich mehrere Mitglieder zivilgesellschaftlicher Organisationen im Mai 2014 gegen diese Vorschläge aussprachen, weil diese Frauen und Minderheiten diskriminierten, erhielten die namentlichen UnterzeichnerInnen Morddrohungen und wurden von Mabatha als »Verräter der nationalen Sache« bezeichnet. Im Februar und August 2015 sind die Gesetze mit wenigen Gegenstimmen vom Parlament verabschiedet worden. Mabatha feierte den politischen Sieg mit einem feierlichen Gebet in der bekannten Shwedagon-Pagode in Yangon.²

Die Militärs, die auch in der sogenannten Zivilregierung noch das Sagen haben, setzen auf eine Ethnisierung der sozialen Konflikte nach kolonialem Vorbild. Mit einer Politik des »Teile und Herrsche« wollen sie ihre eigene Machtposition und ihre Geschäftsinteressen absichern. Während viele buddhistische Mönche früher in der Bewegung gegen die Militärregierung aktiv waren, umwerben Politiker, Militärs und Konzernvorstände in

Myanmar heute Mitglieder der Mabatha. Und es wird ihnen vergolten: Verschiedene Mönche der Mabatha rufen dazu auf, keiner Partei die Stimme zu geben, »die nicht die buddhistische Sache vertritt« und sich gegen die Gesetze »zum Schutz der Rasse und Religion« stellt.³

Organisationen wie Mabatha betraten die politische Bühne erst nach den Nachwahlen zum Parlament am 1. April 2012. Die Oppositionspartei National League for Democracy (NLD) der Friedensnobelpreis-Trägerin Aung San Su Kyi trat nach mehr als zwanzig Jahren erstmals zur Wahl an und erzielte ein überragendes Ergebnis: Sie gewann 43 der insgesamt 45 vakanten Sitze. Für die Militärs war das ein Schlag ins Gesicht.

Aung San Su Kyi, Vorsitzende der NLD, ist gläubige Buddhistin und gehört zur Volksgruppe der Bamar. Die Hoffnungsträgerin des Westens hat nie eines der Flüchtlingscamps der Rohingya besucht und vermeidet es, Position für die Rohingya oder Muslime zu beziehen (siehe nebenstehenden Kasten). Das würde sie und ihre Partei viele Stimmen kosten.

Anmerkungen

- 1 »NLD blocked muslim candidate to appease Mabatha: Party Member«, The Irrawaddy, 31.8.2015.
- 2 »Mabatha flaunts political clout with celebration of contentious laws«, The Irrawaddy, 15.9.2015.
- 3 »Mabatha flaunts political clout with celebration of contentious laws«, The Irrawaddy, 15.9.2015.



Impressum

© Köln, November 2015

Über den Autor:

Dominik Müller lebt und arbeitet als Journalist und Buchautor in Köln. Zuletzt erschien im Verlag Assoziation A: »Indien – Die größte Demokratie der Welt? Marktmacht, Hindunationalismus & Widerstand«.

Satz und Gestaltung:

Klartext Medienwerkstatt GmbH, Essen
<www.k-mw.de>

Redaktion:

Christina Grein

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Burma-Initiative der Stiftung Asienhaus verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Kontakt:

Burma-Initiative
Stiftung Asienhaus
Hohenzollernring 52
50672 Köln
Deutschland/Germany
Tel.: +49-(0)221-716121-25
<www.asienhaus.de>
<christina.grein@asienhaus.de>

Gefördert von Engagement Global
im Auftrag des

Kinder im Dar Paing
Camp bei Sittwe
©Dominik Müller

BMZ  Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung 